

# Von Wachstum zu „mehr als Wachstum“: Konzepte und Herausforderungen

## ÜBERSICHT

Das Wirtschaftswachstum brachte in der Nachkriegszeit allgemeinen Wohlstand. Es trug dazu bei, den Lebensstandard zu erhöhen, die Armut zu verringern und die Steuereinnahmen zur Finanzierung öffentlicher Maßnahmen zu erhöhen. Die Konzentration auf das Wachstum wird jedoch zunehmend kritisiert, weil negative soziale und ökologische Auswirkungen übersehen werden. Die Debatte über „mehr als Wachstum“ zielt darauf ab, die Politik auf vielfältige wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele auszurichten, anstatt Wachstum als Selbstzweck zu betrachten. Während sich ein Teil dieser Debatte auf Indikatoren (jenseits des BIP) konzentriert, untersuchen andere Ideen die Möglichkeiten neuer wirtschaftlicher Narrative rund um das Wachstum und schließlich die Herbeiführung eines systemischen Wandels und einer grundlegenden Transformation.

In der Wachstumsdebatte wurde eine Reihe von Ansätzen vorgeschlagen – zum Beispiel grünes und integratives Wachstum, Post-Wachstum und Wachstumskritik. Es wurden auch alternative politische Rahmen geschaffen, wie z. B. die Donut-Ökonomie und die Ziele für nachhaltige Entwicklung, um mehrdimensionale Ziele in die Politikgestaltung einzubringen.

Die EU hat eine Reihe von politischen Initiativen zur Förderung von umweltfreundlichem und integrativem Wachstum entwickelt, zuletzt den europäischen Grünen Deal und die Europäische Säule der sozialen Rechte. Hinzu kommen soziale und ökologische Indikatoren, die zunehmend in die Bewertung von Rechtsvorschriften, Prognosen und sogar in den Zyklus der wirtschaftlichen Governance einfließen. Auch nationale und regionale Initiativen wurden durchgeführt.

Da Europa, wie auch eine Reihe anderer fortgeschrittener Volkswirtschaften, eine Phase geringen Wachstums erlebt und sich mit der Herausforderung des Klimawandels konfrontiert sieht, hat die Debatte über ein Überdenken der wirtschaftlichen Narrative hin zu einem mehrdimensionalen Konzept des sozioökonomischen Fortschritts neues Interesse geweckt.

*Dieses Briefing wurde im Vorfeld der Konferenz „Beyond Growth 2023“ erstellt, die vom 15. bis 17. Mai 2023 im Europäischen Parlament stattfindet. Sie wird ergänzt durch eine umfassendere Studie: [Beyond growth](#).*



### IN DIESEM BRIEFING

- Wachstum: Entwicklung und Bedeutung eines Konzepts
- Kritik am Wachstum
- Mehr als Wachstum: Alternativen und Herausforderungen
- EU-Politik und Initiativen für mehr als Wachstum
- Der Grüne Deal: Teil des Wachstumsparadigmas oder bereits darüber hinaus?
- Ausblick



## Wachstum: Entwicklung und Bedeutung eines Konzepts

Mit der Entwicklung der politischen Ökonomie seit der Aufklärung steht der Umgang mit der Wirtschaft im Mittelpunkt wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Überlegungen. In seinem Buch [Inquiry into the nature and causes of the Wealth of the Nations](#) (Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker) (1776) schrieb Adam Smith, dass die jährliche Arbeit eines Volkes die Quelle sei, aus der es ursprünglich mit allen notwendigen und angenehmen Dingen des Lebens versorgt werde, die es im Jahr über verbrauche, und die immer entweder aus dem Ertrag dieser Arbeit oder aus dem bestehen, was damit von anderen Ländern gekauft werde.

Wachstum ist jedoch weit mehr als ein makroökonomisches Konzept. Im weiteren Sinne kann es auch als ein Paradigma – eine ganzheitliche „Weltanschauung“ – betrachtet werden, das den Aufstieg der modernen Industriegesellschaft und die Produktions- und Verbrauchsweisen, die die modernen Volkswirtschaften mit sich bringen, untermauert. Am anderen Ende des Spektrums und in einem sehr engen Sinne wird Wachstum oft als Synonym für seinen Schlüsselindikator, die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), angesehen.

Aus makroökonomischer Sicht wird das Wirtschaftswachstum als wichtigster Faktor für die Schaffung von Wohlstand angesehen, der durch Investitionen in Arbeit und Kapital sowie durch Verbesserungen in der Produktionsorganisation (Arbeitsteilung) und Innovation angetrieben wird. Durch das Wirtschaftswachstum haben sich die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften grundlegend verändert. Während um das Jahr 1800 die Mehrheit der Arbeitskräfte in Kontinentaleuropa in der Landwirtschaft tätig war, sind heute weniger als 5 % der Erwerbsbevölkerung in der EU im Agrarsektor [beschäftigt](#). Dies hat zur Folge, dass die absolute Mehrheit der Bevölkerung in der heutigen EU um das Jahr 1800 in ländlichen Gebieten lebte, während die Mehrheit der heutigen Bürgerinnen und Bürger in Städten wohnt. Dieser Wandel ging mit einer Vielzahl von sozioökonomischen Entwicklungen einher, z. B. mit der Entwicklung von Beschäftigungsrahmen (wie dem [Arbeitsvertrag](#)) oder der schrittweisen [Einbeziehung](#) von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Durch das Wachstum wurde auch die Entwicklung und der Einsatz technologischer Innovationen erleichtert, beispielsweise im Bereich des Verkehrs, und auf diese Weise wurde eine größere Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ermöglicht. Auch wenn es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie die makroökonomischen Auswirkungen von Allzwecktechnologien wie der [Dampfmaschine](#) und der [Elektrizität](#) genau zu berechnen sind, so steht doch fest, dass diese technologischen Entwicklungen zum Wachstum beigetragen haben, da sie zu erheblichen Investitionen in die [Infrastruktur](#) geführt und davon profitiert haben.

Der Aufstieg unserer modernen Volkswirtschaften ging einher mit einer Fokussierung auf öffentliche Einrichtungen, wie z. B. das Bildungswesen. Das Wachstum wurde durch die fortschreitende Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der individuellen und kollektiven Freiheiten in ganz Europa vorangetrieben. [Bildung](#) ist von entscheidender Bedeutung, um die kollektiven Fähigkeiten zur Übertragung und Anwendung neuen Wissens über Zeit und Raum hinweg sicherzustellen. Laut einer [Erklärung](#) des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2019 erhöht ein zusätzliches Schuljahr in allen Gesellschaften das Pro-Kopf-BIP um etwa 12 %.

Wie in einem [Bericht](#) der OECD von 2018 hervorgehoben wird, war das Wirtschaftswachstum in den letzten 70 Jahren ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik. Obwohl die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung (gemessen anhand einer Methodik, die Konsum, Freizeit, Sterblichkeit und Ungleichheit einbezieht)<sup>1</sup> in der Vergangenheit im Allgemeinen als [positiv](#) angesehen wurde, ist dieser Zusammenhang nicht absolut linear. Im Lauf der Zeit wurde immer häufiger kritisiert, dass die ausschließliche Konzentration auf das Wachstum den planetarischen Fußabdruck menschlicher Aktivitäten vernachlässigt oder sogar schädigt und Fragen der Ungleichheit und der Verteilung des Wohlstands nicht berücksichtigt.

## Kritik am Wachstum

Auch wenn sie sich in den Nachkriegsjahren stark beschleunigt hat, ist die Kritik am Konzept des Wachstums nicht neu. Die klassischen Ökonomen gingen davon aus, dass es einen langfristigen stationären Zustand gibt, in dem jeder weiteren Investition in Arbeit oder Kapital ein geringerer Output gegenübersteht. Prominente Autoren wie Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill haben in ihren wirtschaftlichen Werken ein Hindernis für eine unbegrenzte wirtschaftliche Expansion, den [stationären Zustand](#), ausgemacht und berücksichtigt, wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven.

Die Kritik am Versagen des Wachstums sowohl als Paradigma als auch als makroökonomisches Konzept zur Verhinderung negativer externer Effekte für die Umwelt und das Klima fand breite Anerkennung mit dem [Bericht](#) des „Club of Rome“ von 1972 über die Grenzen des Wachstums<sup>2</sup>, in dem die physikalische Dimension der Wirtschaft gemäß den grundlegenden Gesetzen der Physik wie der Thermodynamik hervorgehoben wurde.

Dies ging einher mit einer zunehmenden wissenschaftlichen Forschung, durch die ein besseres Verständnis der physischen [Grenzen](#) der Erde, der Komplexität des Systems Erde und der Auswirkungen der Wirtschaftstätigkeit insgesamt auf dieses System möglich wurde, insbesondere im Hinblick auf die Erschöpfung der Ressourcen und die Verschmutzung. Durch die Wissenschaft wurde die schrittweise Einbeziehung der Erde und ihrer Grenzen in die Wirtschaft und die Untersuchung der Auswirkungen des Verbrauchs begrenzter materieller und immaterieller Ressourcen (wie Rohstoffe und Erdumlaufbahnen) sowie der Auswirkungen von Umweltverschmutzung und anderen Freisetzungen in die Umwelt (wie Treibhausgase) möglich. Diese Perspektiven trugen zu einer zunehmenden Kritik am Konsumismus bei, der als Maximierung des Verbrauchs einer immer größeren Menge von Waren und Dienstleistungen als eines der Hauptziele der öffentlichen Politik verstanden wird.

Im Jahr 2009 wurde erstmals das Konzept der „[planetarischen Grenzen](#)“ veröffentlicht, mit dem ein ganzheitlicher Überblick über die Auswirkungen anthropogener Störungen auf neun biophysikalische Prozesse möglich ist, durch die ein Zustand des Planeten gestützt wird, mit dem die Existenz der heutigen menschlichen Gesellschaften gesichert ist. Während die Integrität von mindestens drei Grenzen stark gefährdet ist (Stickstoff, Phosphor und genetische Vielfalt), sind für die Messung und das Verständnis der Funktionsweise anderer Grenzen weitere Erkenntnisse erforderlich. Im [Synthesebericht 2023](#) zum sechsten IPCC-Bewertungsbericht weisen die Autoren auf das Risiko einer negativen Rückwirkung der nachteiligen Klimaauswirkungen auf die Wachstumsrate hin. Laut einer [Studie](#) der Weltbank aus dem Jahr 2022 ist der Gesamtmaterialverbrauch in der EU in den letzten zwei Jahrzehnten um 9,4% zurückgegangen, während der Anteil der aus recycelten Abfällen gewonnenen Ressourcen um fast 50% gestiegen ist. Mehr als 87% des Ressourcenverbrauchs in der EU stammen jedoch nach wie vor aus Primärmaterialien, und das [Gesamtabfallaufkommen in der EU](#) nimmt weiter zu. In naher Zukunft wird die Fähigkeit der EU, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit durch die Einführung des Modells der Kreislaufwirtschaft zu fördern, ein breites Spektrum an politischen Initiativen erfordern, um die wichtigsten [Ressourcen](#) für den Fortbestand der EU-Wirtschaft und -Gesellschaft zu sichern und gleichzeitig die EU-Gesellschaft als Ganzes zu befähigen, sich zu engagieren.

Das Wachstum wurde auch im Zusammenhang mit der Einkommens- und Vermögensverteilung diskutiert, die den politischen Entscheidungsträgern im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zunehmend Sorge bereitet. Ein kürzlich veröffentlichter [Bericht](#) zu diesem Thema kommt zu dem Schluss, dass es „keine offensichtliche und automatische Korrelation zwischen dem Pro-Kopf-BIP“ und der Entwicklung der Vermögensungleichheit zwischen 1820 und 2010 auf dem gesamten Planeten gibt. Das Wachstum des BIP an sich entspricht nicht unbedingt einem steigenden Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger (siehe Kasten unten). Das Thema der zunehmenden Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Umverteilung des Reichtums ist Gegenstand heftiger Debatten. In einem Buch des Wirtschaftswissenschaftlers Dani Rodrik<sup>3</sup>, bemerkt dieser, dass historisch gesehen nichts besser funktioniert habe als wirtschaftliches Wachstum, wenn es darum gegangen sei, die Lebenschancen der Mitglieder einer Gesellschaft zu

verbessern, einschließlich derjenigen, die ganz unten stünden. Das Niveau des Wohlstands wird jedoch nicht automatisch durch die Wachstumsrate bestimmt. Wie die [Forschungsarbeiten](#) von Piketty, Landais, Saez und Zucman zeigen, hängen die Einkommens- und Vermögensungleichheiten auch von bestimmten sozialen Präferenzen in Bezug auf die Umverteilung sowie von der Art der Komponente des Wirtschaftswachstums ab.

Abgesehen von der Frage der Umverteilung hängen die Auswirkungen des Wachstums auf den individuellen Wohlstand auch von der Bildung und den Qualifikationen sowie vom technologischen Wandel im Allgemeinen ab. Einem [Bericht](#) des Internationalen Währungsfonds aus dem Jahr 2017 zufolge sind die Auswirkungen des technologischen Wandels in den letzten drei Jahrzehnten so stark, dass er zum Rückgang des Anteils der Arbeit an der Einkommensverteilung beigetragen hat, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Geschwindigkeit und Richtung des technologisch bedingten Wachstums hat mehrere mögliche [Verteilungseffekte](#) in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie zeigen, dass qualifizierte Arbeitskräfte wichtig sind, um die Übernahme des technologischen Wandels zu erleichtern, der die den Arbeitnehmern zugewiesenen Aufgaben entweder ersetzen oder verändern kann.

Erst kürzlich hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Vereinten Nationen in einem [Bericht](#) aus dem Jahr 2022 festgestellt, dass durch die Folgen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine der in den letzten zwei Jahrzehnten erreichte Abbau der Ungleichheiten zwischen den Ländern gefährdet wird. Derartige Schocks gefährden auch das Ziel, die Ungleichheiten in den einzelnen Ländern unter Kontrolle zu halten. Nach [Angaben](#) der OECD wiesen 2021 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten einen höheren Gini-Koeffizient auf als im Jahr 1989.

## Bruttoinlandsprodukt (BIP) – Wachstumsindikator und zentrales politisches Ziel

**Begriffsbestimmungen:** Der Begriff Wirtschaftswachstum bezeichnet eine Zunahme der Größe der Volkswirtschaft über einen Zeitraum. Das Wirtschaftswachstum wird anhand des BIP-Indikators gemessen, mit dem der Gesamtwert der produzierten Waren und der erbrachten Dienstleistungen erfasst wird. Das Pro-Kopf-BIP wird üblicherweise als Indikator für Lebensstandard und Entwicklung verwendet. Die Erhöhung des BIP ist ein zentrales politisches Ziel, da man davon ausgeht, dass auf diese Weise zahlreiche politische Probleme gelöst werden, indem mehr Beschäftigung geschaffen wird, höhere Einkommen erzielt werden und Verbesserungen bei sozialen Belangen wie Gesundheit und Bildung erreicht werden.

**Historischer Rückblick:** Das moderne System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde in den 1930er-Jahren in den Vereinigten Staaten eingeführt. Es sollte zunächst dazu dienen, die Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Anschließend wurde es als Instrument zur Förderung der wirtschaftlichen Produktion während des Zweiten Weltkriegs eingesetzt. Mit dem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen wurde diese Messgröße in den 1950er-Jahren institutionalisiert, wobei die Berechnungsmethoden seither regelmäßig überarbeitet werden.

**Vorteile:** Das BIP ist ein statistisch zuverlässiger Indikator auf der Grundlage einer etablierten Methode. Es ermöglicht länderübergreifende Vergleiche der Wirtschaftsleistung. Die Werte werden regelmäßig und häufig veröffentlicht, sodass das BIP ein nützliches Instrument für die Konzipierung kurz- und langfristiger politischer Maßnahmen ist. Da es sich um eine einzige Zahl handelt, ist das BIP für Entscheidungsträger, Medien und die Öffentlichkeit leicht verständlich. Die von ihm übermittelte Information über den Stand der Wirtschaft ist einfach – in guten Zeiten steigt es, in schlechten Zeiten fällt es.

**Nachteile:** Das BIP erfasst die Kosten des Wachstums für Gesellschaft und Umwelt nicht. Auch soziale und regionale Ungleichheiten fließen nicht in es ein. Der Wert des BIP allein gibt keine Informationen über die Einkommensverteilung oder darüber, welche Wirtschaftszweige gewachsen sind. Es umfasst keine nicht marktbestimmten Faktoren wie Hausarbeit, Freiwilligentätigkeit und Betreuung innerhalb der Familie. Paradoxe Weise kann es für die Gesellschaft nachteilige Faktoren wie zum Beispiel erhöhte Ausgaben für die Verbrechensbekämpfung oder den Kampf gegen Umweltverschmutzung als förderlich für das Wachstum verbuchen.

**Das BIP und das wachstumsbasierte Paradigma:** Das Streben nach einem höheren BIP fördert ein Wachstumsmodell, das auf einem Anstieg der Produktion und des Konsums beruht. Neben den externen Kosten für Gesellschaft und Umwelt begünstigt es Materialismus, Konsumerismus und Verschwendung. Dies kann zu widersinnigen Anreizen für eine nicht nachhaltige Produktion, für die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, für immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und für einen Anstieg des Konsums anstelle seines Rückgangs führen. Die Tatsache, dass das BIP bei der Politikgestaltung im Mittelpunkt steht, verleiht ihm im Vergleich zu anderen politischen Zielen eine privilegierte Stellung. Dies führt zu einer Situation, in der die Wirtschaft stets Priorität genießt, während Umwelt und soziales Wohlergehen als zweitrangig betrachtet werden. Die BIP-Berechnungen sind zwar scheinbar objektiv, aber nicht wertneutral, da letztlich durch Konventionen und willkürliche Entscheidungen festgelegt wird, was als Teil der Wirtschaft zählt. Die „Beyond-Growth“-Debatte und „Beyond-GDP“-Initiativen nehmen sich dieser Probleme an, um einen Paradigmenwechsel hin zu einer stärker sozial und ökologisch geprägten Zukunft zu bewirken.

## Mehr als Wachstum: Alternativen und Herausforderungen

Die Kritik am Wachstum und an der wachstumszentrierten Politikgestaltung hat zu einer Verbreitung von alternativen Denkweisen, konzeptionellen Rahmen und politischen Instrumenten geführt. Viele bleiben auf der theoretischen Ebene, während andere ihren Weg in die praktische Politikgestaltung finden. Gemeinsam versuchen sie zu konkretisieren, was es bedeuten würde, mehr als Wachstum zu erreichen.

### Ansätze in der Wachstumsdebatte

In der Debatte zum Thema „mehr als Wachstum“ gibt es eine Vielzahl von Stimmen.<sup>4</sup> Diese reichen von Positionen, die geringfügige Anpassungen der BIP-Berechnungen befürworten, zusätzliche Indikatoren vorschlagen oder die zentrale Stellung des Wachstums in der Politikgestaltung in Frage stellen, bis hin zu radikaleren Positionen, die ein geringeres Wachstum fordern. Einem

[Strategiepapier](#) des Forum for a New Economy aus dem Jahr 2022 zufolge lassen sich die Hauptstränge der Wachstumsdebatte in grünes/integratives Wachstum, Post-Wachstum und Wachstumskritik unterteilen.<sup>5</sup> Diese Unterteilung findet sich auch in der wissenschaftlichen Literatur.<sup>6</sup>

Die Befürworter eines **grünen und integrativen Wachstums** sehen Wachstum nach wie vor als zentrales politisches Ziel an, schlagen aber Anpassungen vor, um es nachhaltiger und integrativer zu gestalten. Beispiele für solche Maßnahmen sind Umweltsteuern, Maßnahmen zur Dekarbonisierung, Änderungen in der Zusammensetzung von Produktion und Verbrauch (z. B. Umstellung auf Elektrofahrzeuge, Recycling), Umsetzung von Strategien zur Armutsbekämpfung, Verringerung von Ungleichheiten und Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen. Versuche, mehr als nur Wachstum zu erreichen, werden von ihren Befürwortern als politisch nicht durchführbar [angesehen](#), da sie zu sehr in der gesellschaftlichen Vorstellung von einer erfolgreichen Wirtschaft verankert sind und eng mit dem Beschäftigungsniveau, den Unternehmensinteressen, den Steuereinnahmen des Staates und den Rentensystemen zusammenhängen.

Die Vertreter der [Wachstumskritik](#) vertreten eine im Wesentlichen gegenteilige Sichtweise und argumentieren, dass Wachstum an sich ein Problem darstellt. Sie stellen die langfristige Nachhaltigkeit der im Rahmen des grünen Wachstums vorgeschlagenen Lösungen aufgrund der begrenzten Regenerationsfähigkeit des Ökosystems und der planetarischen Grenzen in Frage. Außerdem wird die Gestaltung des Wirtschaftssystems selbst als auf sozialer Ausbeutung und Ungleichheit beruhend angesehen. Eine [stationäre](#) oder schrumpfende Wirtschaft sei daher die Lösung für die ökologischen Grenzen und sozialen Probleme. Nach dieser Auffassung ist eine tiefgreifende Strukturreform erforderlich. Zu den möglichen politischen Optionen gehören die Einstellung der Förderung und des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, die Einschränkung von Werbung, die Konzentration auf gemeinschaftliche Praktiken und die gemeinsame Nutzung von Gütern, die Verkürzung der Arbeitszeit und ein allgemeines Grundeinkommen.

Die dritte Gruppe von Ideen unter der Überschrift „[Post-Wachstum](#)“ (auch „mehr als Wachstum“ oder „[a-growth](#)“ genannt, d. h. wachstumsagnostisch) schlägt vor, den Schwerpunkt nicht mehr auf das Wachstum zu legen. Das bedeutet nicht unbedingt, dass das Wachstum als politisches Ziel aufgegeben wird, aber es bedeutet auch nicht, dass man sich darauf verlässt. Laut dem bereits zitierten [Bericht](#) der OECD aus dem Jahr 2022 geht es darum, die Zusammensetzung und Struktur der Wirtschaftstätigkeit zu verändern, um die vielfältigen Ziele einer umfassenderen Vision des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu erreichen. Dahinter steht das [Argument](#), dass bestimmte Wachstumsraten nicht automatisch mit sozialem Nutzen oder Umweltschäden korreliert sind, da alles davon abhängig ist, was wächst oder schrumpft (d. h. wie Produktion und Verbrauch organisiert sind). Darüber hinaus erfordern die in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften<sup>7</sup> zu beobachtenden niedrigen Wachstumsraten ein Überdenken und in der Folge eine grundlegendere Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation, um Beschäftigung, soziale Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen usw. weniger abhängig vom Wachstum zu machen. Die Lösungen, die grünes/integratives Wachstum bietet, werden als zu schrittweise oder nur nachträglich wirkende Lösungen für bestimmte Probleme angesehen, während die Wachstumskritik als unrealistisch angesehen wird. Daher vertreten die Befürworter dieser Ansicht die Auffassung, dass die Wirtschaft so gestaltet werden sollte, dass ökologische und soziale Ziele erreicht werden, unabhängig davon, ob dies mit Wirtschaftswachstum einhergeht oder nicht. Zu den möglichen Maßnahmen gehören die entschlossene Bekämpfung von Umweltzerstörung und sozialer Ungleichheit, die Verbesserung des Wohlstands und die Sicherstellung wirtschaftlicher Stabilität.

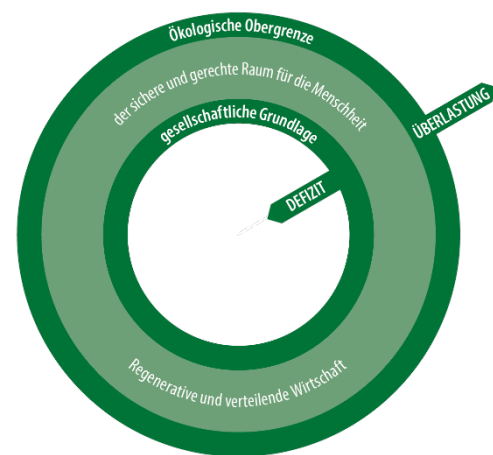
Diese Positionen unterscheiden sich zwar in ihrem Wachstumskonzept, weisen aber auch einige Gemeinsamkeiten auf. Im Gegensatz zum alleinigen Fokus auf das BIP-Wachstum werden bei ihnen soziale und ökologische Ziele berücksichtigt. Es werden konkrete politische [Lösungen](#) für einen nachhaltigen Wohlstand vorgeschlagen, der mit sozialem Wohlergehen einhergeht. Mit allen diesen Positionen wird ein Beitrag dazu geleistet, das Wachstumsparadigma neu zu gestalten oder zu verändern. Andererseits ist ihre Umsetzung völlig unterschiedlich. Grünes und integratives Wachstum bedeutet nicht, dass bestehende Strukturen verändert, sondern dass sie angepasst werden, was zwar positive Ergebnisse bringen kann, aber manchmal auch zu Greenwashing und

Social Washing führt. Es hat auch Vorteile, da es nicht mit den Herausforderungen konfrontiert ist, die mit der Änderung der wachstumsbasierten Politikgestaltung verbunden sind (wie z. B. die Sicherstellung ausreichender Steuereinnahmen für die öffentlichen Ausgaben und eines angemessenen Beschäftigungsniveaus), und auch zu keiner großen Kontroverse führt. Die Einführung der Wachstumskritik würde eine völlige Neuordnung des sozioökonomischen Systems bedeuten, möglicherweise eine Abkehr vom Kapitalismus, ein Umdenken in der staatlichen Politik und eine Änderung der Einstellung der Menschen zum Konsum. Mehr als Wachstum würde einen Paradigmenwechsel hin zu einem mehrdimensionalen Entwicklungsmodell bedeuten, das eine Vielzahl von politischen Lösungen in Bereichen wie Steuern, Sozialpolitik und Umweltschutz beinhaltet.<sup>8</sup> In gewisser Weise schafft es eine vielversprechende Grundlage für Experimente angesichts der bereits umgesetzten Lösungen für grünes und integratives Wachstum, ohne dass das Wachstumsmodell geändert wird oder Lösungen der Wachstumskritik auf Probleme mit der politischen und öffentlichen Unterstützung stoßen.

## Alternative politische Rahmenwerke

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe von alternativen Rahmenwerken entwickelt, um die oben genannten Ideen in politische Maßnahmen umzusetzen. Der [Brundtland-Bericht](#) von 1987 über „Our Common Future“ (Unsere gemeinsame Zukunft) enthielt ein Plädoyer für das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das als Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, definiert wurde, wobei betont wurde, dass es notwendig sei, ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen zu schaffen. Dieser Rahmen hat einen neueren Ableger in Form der [Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) der VN, einer international vereinbarten Reihe von 17 Zielen, die sich auf Bildung, Armut, Gesundheit und Wohlergehen, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit, aber auch auf Wirtschaftswachstum (Ziel 8) beziehen. Andere bekannte Rahmenwerke sind die [„economy of well-being“](#) (Ökonomie des Wohlergehens), die sich auf Gleichheit, sozialen Schutz, Bildung und Gesundheit konzentriert, und das zunehmend populäre Konzept der [„Doughnut Economics“](#) (Donut-Ökonomie) (siehe Abbildung 1). Der Donut-Ansatz basiert im Wesentlichen auf der Metapher eines Gebäcks mit einem Loch in der Mitte, wobei der Ring einen sicheren und gerechten Raum für die Menschheit mit einer ausgewogenen Wirtschaft darstellt. Außerhalb der sicheren Zone kommt es zu sozialen Defiziten und ökologischen Überlastungen. Das Ziel der Donut-Ökonomie ist es, einen Kompass für die Politikgestaltung zu bieten: Das [Doughnut Economics Action Lab](#) setzt Ideen in die Tat um, indem es Menschen zusammenbringt, die sich für systemische Veränderungen einsetzen.

Abbildung 1 – DonutÖkonomie



Quelle: Kate Raworth, [Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st Century Economist](#), 2017.

Den Rahmenwerken, die eine Alternative zum wachstumsorientierten Paradigma bieten sollen, ist gemeinsam, dass sie neben der wirtschaftlichen auch eine soziale und ökologische Komponente umfassen. Neben ihrem konzeptionellen Einfluss sind viele von ihnen auf verschiedenen Ebenen in die Politik eingeflossen.

Den Rahmenwerken, die eine Alternative zum wachstumsorientierten Paradigma bieten sollen, ist gemeinsam, dass sie neben der wirtschaftlichen auch eine soziale und ökologische Komponente umfassen. Neben ihrem konzeptionellen Einfluss sind viele von ihnen auf verschiedenen Ebenen in die Politik eingeflossen.

## Alternative Indikatoren

Indikatoren sind eines der Mittel, um Ideen zu „mehr als Wachstum“ in die Politik einzubringen. Neben der Neugestaltung des derzeitigen Wirtschaftsmodells und der Forderung nach einem ausgewogeneren Bündel von Zielen für die Politikgestaltung hat sich die Debatte zum Thema „mehr

als Wachstum“ auf Indikatoren konzentriert (gewöhnlich unter der Überschrift „[Beyond GDP](#)“ (mehr als das BIP)). Es wurde eine Vielzahl alternativer Maßnahmen entwickelt, um die Unzulänglichkeiten des BIP<sup>9</sup> zu beheben und die Politikgestaltung auf soziale und ökologische Ziele auszurichten. Zu den ersten Versuchen gehörte der in den 1990er Jahren entwickelte Genuine Progress Indicator (GPI), der soziale und ökologische Faktoren (wie Luftverschmutzung, Kriminalität und Ressourcenerschöpfung) berücksichtigt. Aus einer [Studie](#) über die Korrelation von BIP und GPI ergibt sich eine Divergenz der sozialen und wirtschaftlichen Ergebnisse seit den 1990er Jahren und dort wird argumentiert, dass das BIP aufgrund der fortschreitenden Umweltzerstörung und der zunehmenden Ungleichheit kein vollständiges Bild des Fortschritts vermittelt.<sup>10</sup> Das vom König von Bhutan in den 1970er Jahren entwickelte Konzept des [Bruttonationalglücks](#) (BNG) wurde 2008 in der Verfassung des Landes verankert. Der BNG-Index misst das Glück anhand von vier Säulen: verantwortungsvolle Staatsführung, nachhaltige sozioökonomische Entwicklung, Erhaltung der Kultur und Umweltschutz. Weitere bekannte Indikatoren sind der von der OECD erstellte [Better Life Index](#) (mit einer breiten Mischung aus Themen wie Wohnverhältnisse, Work-Life-Balance und Zivilengagement), der [Human Development Index](#) der Vereinten Nationen (der Einkommen, Gesundheit und Bildung misst) und der [Index des sozialen Fortschritts](#) (der nur soziale und ökologische Ergebnisse und nicht das Einkommen misst).

Die Debatte über Indikatoren stößt jedoch auf einige Grenzen, wenn es um die Anwendung in der Politik geht. In dem viel zitierten [Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht](#) aus dem Jahr 2009 wird eine Reihe möglicher zusätzlicher oder alternativer Indikatoren zum BIP vorgeschlagen, mit denen wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte erfasst werden. Der Bericht löste eine politische Debatte aus und führte dazu, dass verschiedene Sätze von Indikatoren erstellt wurden. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Bericht wird deutlich, dass solche zusätzlichen Indikatoren oder Rahmen in zunehmendem Maße verwendet werden, um politische Strategien zu entwerfen oder die Umsetzung von Maßnahmen zu überwachen. Allerdings hat noch kein Indikator einen mit dem BIP vergleichbaren Status erreicht, obwohl Messgrößen wie Treibhausgasemissionen und Ungleichheiten im politischen Diskurs und in der öffentlichen Debatte zunehmend präsent sind. Es gibt auch [Forderungen](#), neben den BIP-Zahlen eine Reihe von Schlüsselindikatoren zu veröffentlichen oder [BIP-Daten](#) nach Einkommensgruppen aufzuschlüsseln, um die Verteilung des Wirtschaftswachstums in der Gesellschaft aufzuzeigen. Zusätzliche Indikatoren bieten zwar einen ausgewogeneren Überblick über die Realität, haben aber auch ihre eigenen Probleme in Bezug auf die Datenverfügbarkeit, die Möglichkeit, sie kurzfristig durch politische Maßnahmen zu beeinflussen, und den Konsens darüber, welche Indikatoren ausgewählt werden sollten.<sup>11</sup> Darüber hinaus weisen einige Stimmen in der Debatte um mehr als Wachstum [darauf hin](#), dass die Konzentration auf Indikatoren von einer umfassenderen Verlagerung über das Wachstum hinaus ablenkt, für die strukturelle Veränderungen des Wirtschaftsmodells und des wirtschaftlichen Denkens erforderlich sind.

## EU-Politik und Initiativen für mehr als Wachstum

In ihrer Mitteilung vom 2. März 2022, „[Auf dem Weg zu einer grünen, digitalen und resilienten Wirtschaft: unser europäisches Wachstumsmodell](#)“, hat die Europäische Kommission die auf einem Konsens basierenden EU-Prioritäten für das europäische Wirtschaftswachstumsmodell aufgezeigt, wie z. B. den grünen und den digitalen Wandel und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Resilienz. Darin wird die Notwendigkeit struktureller Veränderungen hervorgehoben, um „Reformen“ zu erreichen, „die für ein langfristiges, nachhaltiges Wachstum und das Wohlergehen der EU-Bürgerinnen und -Bürger erforderlich sind“, und die „Umstellung auf ein nachhaltiges, resilientes und inklusives Wirtschaftsmodell“ befürwortet. Es wird auch die Rolle des grünen Wandels als Chance betont, um Europa auf einen neuen nachhaltigen und inklusiven Wachstumspfad zu bringen (insbesondere durch den europäischen Grünen Deal) und die entscheidende Rolle hervorgehoben, die der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) bei der Unterstützung wachstumsfördernder Investitionen zukommt. Dies zeigt, dass die EU, zumindest auf der Ebene des Diskurses, eher den Weg des grünen und integrativen Wachstums als den zu „mehr als Wachstum“ eingeschlagen hat. Die im Folgenden beschriebenen grünen und sozialpolitischen Initiativen



spielen ebenfalls eine Rolle bei der Sensibilisierung, der Förderung eines politischen Konsenses über Ziele und der Ausübung eines gewissen öffentlichen Drucks.

Die Europäische Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen hat einen umfassenden [Ansatz](#) zur Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung in die EU-Politik angenommen und eine [Analyse](#) der Verknüpfung der EU-Politik mit diesen Zielen vorgelegt. Im Jahr 2019 wurden die Ziele für nachhaltige Entwicklung auch in das [Europäische Semester](#) integriert, den Rahmen für die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU-Mitgliedstaaten. In der [Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum](#) 2020 (früher bekannt als Jahreswachstumsbericht) – dem ersten Dokument, das die Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung in das Europäische Semester beschreibt – argumentierte die Kommission, dass diese „Neuausrichtung des Europäischen Semesters“ die Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt der EU-Politik stellt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dies hauptsächlich in Form einer Überwachung der Fortschritte der einzelnen Länder im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung in einem Anhang zu den [Länderberichten](#) erfolgte, in denen die soziale und wirtschaftliche Lage des jeweiligen Landes analysiert wird. Diese Fortschritte werden anhand der vier von der Kommission ermittelten Dimensionen der Nachhaltigkeit bewertet: ökologische Nachhaltigkeit, Fairness, Produktivität und makroökonomische Stabilität. Man könnte argumentieren, dass die beiden letzteren immer noch Teil des wachstumszentrierten Paradigmas sind, während die wirtschaftlichen Aspekte des Semesters und die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiterhin im Vordergrund stehen.<sup>12</sup>

Die [Europäische Säule sozialer Rechte](#) (angenommen auf dem Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum 2017) ist ein Beispiel für eine spezifisch sozial ausgerichtete Initiative. Sie basiert auf 20 Grundsätzen in drei Bereichen: 1) Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt; 2) faire Arbeitsbedingungen und 3) sozialer Schutz und soziale Inklusion. Auf dem Sozialgipfel in Porto im Jahr 2021 wurde ein [Aktionsplan](#) verabschiedet, der konkrete Maßnahmen und Kernziele enthält, die bis 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erreicht werden sollen. Das [sozialpolitische Scoreboard](#), das die Fortschritte bei der Umsetzung der sozialen Säule widerspiegelt, ist ebenfalls Bestandteil des Europäischen Semesters. Ähnlich wie bei der Einbeziehung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in das Europäische Semester spielt die Säule vor allem eine Überwachungsrolle und ist im Wesentlichen eine freiwillige Vereinbarung.

Mit dem [europäischen Grünen Deal](#) wird darauf abgezielt, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen und die Wirtschaft mit dem Planeten in Einklang zu bringen. Er umfasst zahlreiche Gesetzesinitiativen in Bereichen wie Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, biologische Vielfalt und Landwirtschaft sowie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Er werden auch die sich daraus ergebenden sozioökonomischen Folgen des Klimawandels untersucht, z. B. durch einen Fonds für einen gerechten Wandel für Gebiete mit CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien.

Im Jahr 2019 hat der Rat der EU eine Reihe von [Schlussfolgerungen](#) zur Ökonomie des Wohlergehens angenommen. Er betont, dass das Wohlergehen „für das Wirtschaftswachstum, die Produktivität, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die gesellschaftliche Stabilität in der Union von entscheidender Bedeutung“ ist, und fordert eine künftige EU-Strategie, die sicherstellt, „dass die Wirtschaft der Union in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit, soziale Inklusion und Klimaneutralität weltweit führend und der Ökonomie des Wohlergehens gerecht wird“. Die [Vision](#) des Rates sieht Wohlergehen und Wirtschaftswachstum als voneinander abhängig und sich gegenseitig verstärkend an und konzentriert sich stark auf den Beitrag verschiedener Aspekte des Wohlergehens (wie Gesundheit und Bildung) zur Steigerung des BIP und der Produktivität.

Zusätzlich zu diesen breit angelegten Strategien unterstützt die EU eine sozial integrative und umweltfreundliche Ausrichtung der Politik durch finanzielle Mittel. So müssen beispielsweise 30 % des EU-Haushalts für Klimaschutzmaßnahmen [verwendet werden](#), während 20 % der Ausgaben in den nationalen Plänen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität für die Unterstützung des digitalen Wandels verwendet werden müssen. Die EU-Mittel, die im Rahmen der Kohäsionspolitik, der Landwirtschaft und anderer Fonds zur Verfügung stehen, sind an ähnliche Bedingungen geknüpft, die bestimmte Arten von Maßnahmen unterstützen. Darüber hinaus werden mit einigen

politischen Maßnahmen der EU Aspekte unterstützt, die in der Wachstumsdebatte eine Rolle spielen, z. B. die Kreislaufwirtschaft, Mindestlöhne und die Verringerung der Treibhausgasemissionen. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass alle oben genannten Initiativen in der Regel in legislativen und nichtlegislativen Dokumenten der EU im Zusammenhang mit dem Ziel eines grünen und integrativen Wachstums genannt werden.

Die EU hat sich jedoch aktiver an der Debatte über Wachstum beteiligt, die sich auf Indikatoren konzentriert (in der Regel auf das BIP und nicht auf den Begriff des Wachstums selbst). In ihrer Mitteilung aus dem Jahr 2009 zum Thema „[Das BIP und mehr: die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel](#)“ wies die Kommission auf die Notwendigkeit neuer, das BIP ergänzender Indikatoren hin und skizzierte fünf EU-Maßnahmen in diesem Bereich: Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren, Bereitstellung von Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung, genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten, Erstellung eines Verzeichnisses der nachhaltigen Entwicklung und Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Jahr 2013 wurde ein [Fortschrittsbericht](#) über die Umsetzung dieser fünf Maßnahmen veröffentlicht, in dem die ergriffenen Initiativen hervorgehoben wurden, z. B. die Verabschiedung einer [Verordnung über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen](#), die einen Rahmen für die Integration umweltbezogener Daten in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bietet.

Darüber hinaus aktualisiert die Europäische Kommission regelmäßig eine [Website](#), die ihrer Initiative „Mehr als das BIP“ gewidmet ist und Hintergrundinformationen zum Thema, eine [Karte](#) der Initiativen und die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich enthält. Darüber hinaus wird die Diskussion in den von den EU-Institutionen erstellten politischen Analysen fortgesetzt, wie das Diskussionspapier der Kommission aus dem Jahr 2021 „[Economic Policy-Making Beyond GDP: An Introduction](#)“ (Wirtschaftspolitik jenseits des BIP: Eine Einführung) und im Bericht des Rates „[Beyond GDP: Measuring what matters](#)“ (Mehr als das BIP: Messen, worauf es ankommt), die im selben Jahr veröffentlicht wurden; in beiden Berichten werden bestehende EU-Initiativen in diesem Bereich erörtert und Lösungen für die Zukunft skizziert. Die Europäische Umweltagentur äußert sich deutlicher zum Thema Wachstum selbst, zum Beispiel in ihrem Briefing zum Thema „[Growth without economic growth](#)“ (Wachstum ohne Wirtschaftswachstum) aus dem Jahr 2021, in dem sie auf einige Grenzen der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch hinweist und dafür plädiert, die Bedeutung von Wachstum zu überdenken. Darüber hinaus wurden große Konferenzen zu den Themen Indikatoren und Wachstum im weiteren Sinne organisiert, z. B. 2007 die Konferenz „[Beyond GDP](#)“ und 2018 die Konferenz „[Post-Growth](#)“. Im Mai 2023 findet im Europäischen Parlament die Konferenz „[Beyond Growth](#)“ statt.

Der Trend, soziale und ökologische Dimensionen in die EU-Politik einzubeziehen, oft begleitet von einer Reihe von Indikatoren, ist ebenfalls sichtbar, zum Beispiel durch das oben erwähnte [sozialpolitische Scoreboard](#), das [Dashboard](#) für den europäischen Grünen Deal und eine Reihe von EU-angepassten [Indikatoren für nachhaltige Entwicklung](#), die in vielen Fällen von Informationen über die relevanten politischen Ziele der EU begleitet werden, auf die sie sich beziehen. Verschiedene Sozial- und Umweltindikatoren werden auch bei der Folgenabschätzung von EU-Rechtsetzungsvorschlägen verwendet. In einer [Analyse](#) der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) für das Jahr 2022 wurden 12 Indizes und Scoreboards ermittelt, die in den Länderberichten des Europäischen Semesters 2022 verwendet werden, und die Möglichkeiten für die Verwendung weiterer Indikatoren in der EU-Politik untersucht. Der von der GFS erstellte [Composite Indicators & Scoreboards Explorer](#) bietet einen umfassenden Überblick über die für die politische Entscheidungsfindung verfügbaren Indikatoren, die mit den Prioritäten der Europäischen Kommission und den Zielen für nachhaltige Entwicklung verknüpft sind.

## Länder- und Regionalinitiativen

In der EU und weltweit gibt es auf nationaler und regionaler Ebene immer mehr Initiativen, die sich für einen nachhaltigen Wohlstand jenseits des Wachstums einsetzen. Einige beschränken sich auf Indikatoren und Dashboards zur besseren Messung der Lebensqualität, andere gehen weiter und beinhalten eine regelmäßige Analyse solcher Indikatoren als Grundlage für politische

Entscheidungen und sogar für die jährlichen nationalen Haushalte. Einige Länder haben einen demokratischen Prozess entwickelt, der die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einschließt, um eine nationale Strategie für das Wohlergehen auf den Weg zu bringen oder das Wohlergehen sogar zu einer Art nationaler Philosophie zu machen. Im Folgenden sind einige Beispiele für wichtige Initiativen aufgeführt.

**Belgien** hat 2014 das [Gesetz über ergänzende Indikatoren](#) zur Messung der Lebensqualität, der menschlichen Entwicklung, des sozialen Fortschritts und der Nachhaltigkeit seiner Wirtschaft verabschiedet. Diese Indikatoren ergänzen das BIP und beruhen auf den Erfahrungen mit den Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, die 1997 eingeführt wurden. Die [Ergebnisse](#) werden jährlich in der Abgeordnetenkammer diskutiert.

**Frankreich** verabschiedete 2015 ein Gesetz zur Einführung [neuer Wohlstandsindikatoren](#), das auf den [Stiglitz-Bericht](#) von 2009 zurückgeht. In dem Gesetz ist die Veröffentlichung eines Jahresberichts mit alternativen Indikatoren zum BIP vorgeschrieben, und zwar gleichzeitig mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes. Die Nationale Agentur für territoriale Kohäsion hat über ihr Observatoire des Territoires einige der Wohlstandsindikatoren an die [regionale Ebene](#) angepasst.

In **Deutschland** werden seit 2012 bundesweite Dialoge zum Thema Wohlbefinden als integrativer Prozess eingesetzt, der die öffentliche Meinung mit Experten und politischen Entscheidungsträgern verbindet. In einem [Bericht aus dem Jahr 2013](#) wurde eine Reihe von zehn Indikatoren vorgeschlagen, die drei Dimensionen des Wohlergehens (Ökonomie, Ökologie und sozialer Wohlstand) abdecken und als [W3-Indikatoren](#) bezeichnet werden. Im Anschluss an den [nationalen Dialog](#) 2015 veröffentlichte die Regierung ihre [Strategie zur Lebensqualität](#).

**Italien** misst seit 2016 das [gerechte und nachhaltige Wohlergehen](#) (BES) als Teil seiner Wirtschaftsplanung. Der Haushaltsentwurf enthält eine Analyse der jüngsten Trends für ausgewählte Indikatoren und eine Folgenabschätzung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Ein Überwachungsbericht ([BES-Bericht](#), erste Ausgabe 2013) wird dem Parlament jährlich vorgelegt. Seit 2020 ist auch ein Bericht zum [BES auf lokaler Ebene](#) verfügbar.

Auch die **regionalen Initiativen** in den EU-Ländern florieren. Bereits 2003 startete die französische Region Nord-Pas de Calais das Programm [Indicateurs 21](#), das Indikatoren wie den ökologischen Fußabdruck, die Beteiligung von Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben und die soziale Gesundheit vorschlägt. Der [Regionale Wohlstandsindex](#) (RWI) wird in mehreren deutschen Bundesländern verwendet; er geht vom Verbrauch der Haushalte aus und addiert und subtrahiert soziale und ökologische Faktoren, die in monetären Werten ausgedrückt werden. Im Oktober 2022 kündigte die GFS zur Unterstützung regionaler Initiativen an, dass zehn Regionen an dem vom Europäischen Parlament finanzierten Pilotprojekt [„REGIONS2030: Monitoring der SDGs in den EU-Regionen - Filling the data gaps“](#) (Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Regionen der EU – Beseitigung der Datenlücken) teilnehmen werden.

## Standpunkt des Europäischen Parlaments

In seiner [Entschließung](#) aus dem Jahr 2011 zum Thema „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ unterstrich das Parlament, dass das BIP eine Messgröße für die Produktion ist und nicht für ökologische Zukunftsfähigkeit, effiziente Ressourcennutzung, soziale Integration und sozialen Fortschritt im Allgemeinen. Das Parlament nahm zur Kenntnis, dass die Grenzen des BIP als Indikator international zunehmend anerkannt werden und dass es neben der Messung der wirtschaftlichen Entwicklung und Produktivität auch andere Indikatoren gibt, die den Lebensstandard eines Landes beeinflussen und darüber Aufschluss geben. Darüber hinaus forderte das Parlament die Entwicklung von Indikatoren, die stärker auf den Blickwinkel der einzelnen Haushalte ausgerichtet sind und Einkommen, Verbrauch und Vermögen widerspiegeln. Schließlich betonte das Parlament, dass es wichtig ist, sich auf einen systematischen Ansatz zur Erarbeitung eines kohärenten Systems von Indikatoren als Ergänzung zum BIP zu verständigen, das zu einer Verbesserung der politischen Analyse und Diskussion beitragen soll.

In seiner [Entschließung](#) vom Juni 2022 zur „Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung“ betont das Parlament, dass die Schlussfolgerungen des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Ökonomie des Wohlergehens umgesetzt werden müssen, und fordert die Kommission auf, das Dashboard „Über das BIP hinaus“ und die entsprechenden Indikatoren vorzulegen. Das Parlament fordert die Kommission außerdem auf, die Einbeziehung alternativer Fortschrittsmessmethoden in die Überwachung der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Betracht zu ziehen, darunter den Index des sozialen Fortschritts.

## Der Grüne Deal: Teil des Wachstumsparadigmas oder bereits darüber hinaus?

Laut der Europäischen Kommission ist der europäische Grüne Deal „eine [neue Wachstumsstrategie](#), mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist“. In der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2019, in der die Einzelheiten des Grünen Deals erläutert werden, heißt es weiter, dass der Grüne Deal „Europa auf einen neuen Weg hin zu nachhaltigem und integrativem Wachstum bringen“ soll. Der Grüne Deal ist somit am weniger radikalen Ende des Spektrums der Wachstumsdebatte angesiedelt. Mit ihm werden Maßnahmen vorgeschlagen, um das derzeitige System ökologisch und sozial zu verbessern und gleichzeitig ein Wirtschaftsmodell beizubehalten, das auf mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum ausgerichtet ist.

Trotz dieser eindeutig wachstumsfördernden Ausrichtung wird der Grüne Deal manchmal als eine Strategie angesehen, die über das Wachstum hinausgeht. In einem wissenschaftlichen [Aufsatz](#) aus dem Jahr 2020 wird untersucht, ob der Grüne Deal einen dritten Weg zwischen grünem Wachstum und Wachstumskritik darstellen könnte. Unter grünem Wachstum versteht man eine wachstumsbasierte Wirtschaft, die umweltfreundlicher werden muss, während das Wachstumsmodell selbst von der Wachstumskritik als ökologisch schädlich angegriffen wird. Ein dritter Weg wäre also eine Alternative, die der Ökologie ohne Wohlfahrtsverlust den Vorrang gibt. Ein gewisses Potenzial wird dadurch hervorgehoben, dass durch den Grünen Deal die Abhängigkeit der Industrie von der Ressourcengewinnung und die Machtstrukturen, die einen sozial gerechten Wandel behindern, sichtbar gemacht werden, wodurch dann verschiedene Interessenträger auf der Suche nach einem Kompromiss zusammengebracht werden.

Eine [Halbzeitbewertung](#) des Grünen Deals durch das Europäische Umweltbüro aus dem Jahr 2022 enthält einen Überblick über die Einhaltung der Verpflichtungen. Dort werden die positiven Entwicklungen hervorgehoben, wie die Verabschiedung des Klimagesetzes und der Vorschlag für einen sozialen Klimafonds, während gleichzeitig auf einige problematische Punkte hingewiesen wird, wie z. B. die fortgesetzte Förderung intensiver Anbaumethoden in der Landwirtschaft und die Beschleunigung von Genehmigungen für erneuerbare Energien auf Kosten der Rücknahme von Naturschutzvorschriften. In der Studie wird der Schluss gezogen, dass der Grüne Deal in Bezug auf die Vision und die transformativen Erzählungen gut ist, aber in Bezug auf das Tempo des Wandels und die Einführung wirklich transformativer Maßnahmen schwächer ist.

In einer [Publikation](#) des ETUI (Europäisches Gewerkschaftsinstitut) und der Europäischen Sozialen Beobachtungsstelle für 2020 wird auf die Unvereinbarkeit des Ziels des Grünen Deals, das Wachstum zu steigern, mit seinen sozialen und ökologischen Ambitionen hingewiesen und eine Strategie gefordert, mit der in erster Linie darauf abgezielt wird, einen sozial-ökologischen Zustand zu erreichen, der vom Wachstum abgekoppelt ist.

Der europäische Grüne Deal hat die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum als übergreifende EU-Strategie abgelöst. Trotz spezifischer Ziele für EU-Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Armut, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie wurde die vorherige Strategie [kritisiert](#), weil es immer noch um Wachstum, Wachstum, Wachstum ging. Eine ähnliche Kritik kann auch am Grünen Deal geübt werden, da er im Wesentlichen eine Wachstumsstrategie ist. Er wirkt sich aber auch auf die Art und Weise aus, wie

Wachstum wahrgenommen wird. Aufgrund des Status des Grünen Deals als zentraler EU-Strategie, mit der die Bedeutung sozial-ökologischer Erwägungen hervorgehoben wird, wodurch diese dann vermittels eines Konsenses über neue legislative Maßnahmen in die Politik einfließen, wird das Wachstumsparadigma ergänzt und verändert, auch wenn es durch diese Strategie nicht ersetzt wird.

## Ausblick

Die Klimakrise, die zunehmende Ungleichheit und das anhaltend langsame Wachstum in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben dazu geführt, dass die Debatte über die Zukunft des Wachstums erneut in den Mittelpunkt gerückt ist. Da die Resilienz der EU durch eine Reihe von Krisen (Finanzkrise, Pandemie, Krieg, Energie- und Lebenshaltungskostenkrise) und Transformationen (z. B. grüner und digitaler Wandel) auf die Probe gestellt wurde, bietet die Debatte eine Gelegenheit zu erörtern, welche Art von Zukunft aus diesen vielfältigen Krisen und Herausforderungen entstehen könnte.

Der Gedanke „mehr als Wachstum“ impliziert zwar, dass Wachstum nicht mehr als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Erreichung sozialer und ökologischer Ziele gesehen wird, aber es besteht keine allgemeine Einigkeit darüber, wie dies geschehen soll oder ob ein solcher Wandel überhaupt notwendig ist. Die Visionen des grünen/integrativen Wachstums, des Post-Wachstums und der Wachstumskritik sind sehr unterschiedlich, auch wenn sie einige Gemeinsamkeiten im Hinblick darauf aufweisen, wie Lösungen aussehen könnten, mit denen ein nachhaltiger Wohlstand erreicht werden kann. Der Trend, alternative Indikatoren zum BIP zu schaffen und mehrdimensionale Rahmenkonzepte wie die Donut-Ökonomie oder die Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Politik anzuwenden, wird sowohl in der Gesellschaft als auch in politischen Kreisen immer beliebter. Solange die Versuche jedoch auf der technischen Ebene von Indikatoren oder der konzeptionellen Ebene von Rahmenwerken verbleiben, wird sich das Wachstumsparadigma wahrscheinlich nicht ändern. Für einen solchen potenziellen Wandel wäre nicht nur ein Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich, sondern auch eine Änderung des individuellen Verhaltens (z. B. Fahrradfahren, geringerer Energieverbrauch), konkrete politische Maßnahmen (Verkehr, Steuern) und internationale Zusammenarbeit. Eine Änderung der vorherrschenden wirtschaftlichen Narrative und Wirtschaftsmodelle würde auch einen Konsens zwischen verschiedenen Interessen voraussetzen.

Unabhängig davon, ob sich die EU für eine Reform oder einen schrittweisen Wandel, für die Beibehaltung des Wachstums als zentrales politisches Ziel oder nur als eines von vielen Zielen, für grünes und integratives Wachstum oder für andere, über das Wachstum hinausgehende Ansätze entscheidet, muss eine Reihe dringender Herausforderungen – darunter Klimawandel, ökologische Nachhaltigkeit, soziales Wohlergehen, Ungleichheiten und Resilienz der Systeme – in Angriff genommen und künftig bei der Politikgestaltung umgesetzt werden.

## WICHTIGE LITERATURANGABEN

Rat der Europäischen Union, [Beyond GDP: Measuring what matters](#), Themenpapier, Mai 2021.

Likaj, X., Jacobs, M. und Fricke, T., [Growth, Degrowth or Post-growth? Towards a synthetic understanding of the growth debate](#), in Forum for a New Economy Basic Papers, Nr. 2, 2022.

Mügge, D., [Studying macroeconomic indicators as powerful ideas](#), in Journal of European Public Policy, 23:3, S. 410-427, 2015.

OECD, [Beyond Growth: Towards a New Economic Approach](#), September 2020.

Stiglitz, J., Sen, A. und Fitoussi, J.-P., [Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress](#), 2009.

Terzi, A., [Economic Policy-Making Beyond GDP: An Introduction](#), DG ECFIN, Juni 2021.

Widuto, A., [Beyond GDP: Global and regional development indicators](#), EPRS, Oktober 2016.

## ENDNOTEN

- <sup>1</sup> Gemäß der Definition von Jones, C. und Klenow, P., [Beyond GDP? Welfare across Countries and Time](#), *American Economic Review*, 2016.
- <sup>2</sup> Siehe auch Boulding K., [The Economics of the Coming Spaceship Earth](#), *Environmental Quality in a Growing Economy*, S. 3-14, Baltimore, MD: Resources for the Future/Johns Hopkins University Press, 1966; Lovelock J., [The evolving Gaia theory](#), United Nations University, 1992.
- <sup>3</sup> Rodrik D., *One Economics, Many Recipes: Globalization, Institutions and Economic Growth*, Harvard University, 2007.
- <sup>4</sup> Zwar gibt es auch in den Entwicklungsländern alternative Rahmenbedingungen und mehrdimensionale politische Ziele, doch konzentriert sich die Debatte zum Thema „mehr als Wachstum“ weitgehend auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, da ein breiter Konsens über die Notwendigkeit besteht, das Wachstum in Ländern mit niedrigem Einkommen zu fördern.
- <sup>5</sup> Einige der in diesem Abschnitt erörterten politischen Optionen können in jedem dieser Bereiche enthalten sein (z. B. Armutsbekämpfung) oder Teil einer eigenständigen Debatte sein, die nicht unbedingt mit der Wachstumsdebatte verbunden ist (z. B. universelles Grundeinkommen).
- <sup>6</sup> Siehe zum Beispiel: Lehmann C. et al., [Green growth, a-growth or degrowth?](#), in *Journal of Cleaner Production*, February 2022, und Roberts L. and Henderson J., [Degrowth, green growth, a-growth and post-growth: The debate on ways forward from our growth addiction](#), 2020.
- <sup>7</sup> Nach Angaben von Eurostat betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in der EU im Zeitraum 2005–2021 [1,1 %](#), wobei einige Länder in diesem Zeitraum höhere Wachstumsraten verzeichneten.
- <sup>8</sup> Einen Überblick darüber, wie eine Welt des Post-Wachstums aussehen könnte, finden Sie hier: Fioramonti L., *The World After GDP: Politics, Business and Society in the Post Growth Era*, 2017; Hoekstra R., *Replacing GDP by 2030*, 2019; Jackson T., *Prosperity without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow*, 2016; und Jackson T., *Post Growth: Life after Capitalism*, 2021.
- <sup>9</sup> Einen umfassenden Überblick über die Defizite des BIP finden Sie in: Fioramonti L., *Gross Domestic Problem*, 2013; Coyle D., *GDP: A Brief but Affectionate History*, 2015; und Lepenies P., *The Power of a single number: A political history of GDP*, 2016.
- <sup>10</sup> Es ist wichtig, zu beachten, dass die Korrelation des BIP mit anderen Indikatoren weitgehend von den ausgewählten Variablen abhängig ist. Aus dem Index des sozialen Fortschritts der EU lässt sich beispielsweise eine hohe positive Korrelation mit dem Pro-Kopf-BIP [ablesen](#).
- <sup>11</sup> Für eine umfassendere Diskussion, siehe Terzi A., [Economic Policy-Making Beyond GDP: An Introduction](#), DG ECFIN, Juni 2021 und Widuto, A., [Beyond GDP: Global and regional development indicators](#), EPRS, Oktober 2016.
- <sup>12</sup> Die Integration der Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, der sozialen Säule und des Grünen Deals in das Europäische Semester kann jedoch als ein Schritt nach vorn betrachtet werden, und es gibt auch eine Debatte über die Vergesellschaftung des Europäischen Semesters, einschließlich der Auswirkungen sozialer und ökologischer Elemente der länderspezifischen Empfehlungen auf die nationale Politikgestaltung.

## HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Mitarbeitenden des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich bei dem/den Verfasser(n) dieses Dokuments. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe sind gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2023.

Bildnachweise: © Miha Creative / Adobe Stock.

[eprs@ep.europa.eu](mailto:eprs@ep.europa.eu) (Kontakt)

<http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/home> (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog in englischer Sprache)